Ressort: Finanzen

IWH-Präsident verteidigt Bericht zur deutschen Einheit

Halle, 16.03.2019, 19:37 Uhr

GDN - Der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Reint Gropp, hat den umstrittenen Bericht seines Hauses zum Stand der deutschen Einheit verteidigt. Er bekräftigte die Aussage, dass künftig nur noch die Städte gefördert werden sollten.

"Die großen Städte sind Motor der Entwicklung - und strahlen auf das Land aus", sagte Gropp der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Den neuen Mobilfunk 5G überall anbieten zu können, sei eine Illusion. "Wozu 5G an jeder Milchkanne? Wer soll das leisten? Förderung überall würde sehr viel Geld kosten, das anderswo fehlt", so Gropp weiter. Er fügte hinzu: "Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie es im Grundgesetz steht, heißt doch nicht: gleichartig. Nicht jedes Dorf braucht seinen Autobahnanschluss." Gropp machte zudem darauf aufmerksam, dass es im Osten zwar keine Abwanderung mehr gebe, aber trotzdem jetzt Fachkräfte fehlten. "Es fehlt Zuwanderung - aus der Europäischen Union. Das sind vor allem junge Leute, die kommen gern nach Deutschland, aber in den Westen." Gropp machte auch noch auf ein anderes Problem aufmerksam: "Der Osten ist noch immer viel ärmer ist als der Westen und die Einkommensunterschiede groß. Es gibt kaum Vermögen, kaum entsprechende Erbschaften. Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen zielen auf mehr Wohlstand." Die große Chance für den Ostens sieht Gropp in den "Erfahrungen mit disruptivem Technologiewandel, den der Westen so nicht hat, der aber immer wichtiger wird". Der Osten biete Chancen für junge Unternehmen, für neue Entwicklungen. "In der klassischen Industrie ist in Zukunft wenig zu holen, es braucht Neues, gerade bei unternehmensnahen Dienstleistungen und bei der Entwicklung neuer Produkte", sagte Gropp der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Der Bericht des Leibniz-Instituts Halle "Vereintes Land - drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall" war von der Politik kritisiert worden. So hatte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), die Aussagen als "undemokratisch, unsozial, politisch unhaltbar" bezeichnet. Auch die anderen Ost-Ministerpräsidenten äußerten Unmut.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-121720/iwh-praesident-verteidigt-bericht-zur-deutschen-einheit.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619